

Niederschrift

über die 2. Sitzung der Stadtvertretung am Donnerstag, 5. September 2019
(mit nichtöffentlichem Teil)

Beginn: 15:00 Uhr
Ende: 18:23 Uhr

Unterbrechungen:

Anwesenheit:	Soll:	43	Mitglieder der Stadtvertretung
	Ist:	40	Mitglieder der Stadtvertretung
		93,02	%

Entschuldigt fehlten: **Ratsherr Albrecht** (SPD)
Ratsherr Kowalick (DIE LINKE)
Ratsherr Kuhnert (DIE LINKE)

Unentschuldigt fehlten: /

Anwesenheit des Oberbürgermeisters und der Stellvertreter:

Herr **Witt**, Oberbürgermeister
Herr **Modemann**, Beigeordneter und 1. Stellvertreter
Frau **Renger**, 2. Stellvertreterin

1 Eröffnung und Begrüßung

Der Stadtpräsident, Ratsherr **Stegemann**, eröffnet die 2. Sitzung der Stadtvertretung und begrüßt die Mitglieder der Stadtvertretung und die anwesenden Gäste.

2 Einwohnerfragestunde

Der Stadtpräsident, Ratsherr **Stegemann**, weist darauf hin, dass entsprechend der Geschäftsordnung der Stadtvertretung die gesamte Sitzung aufgezeichnet wird und bittet, bei Wortmeldungen eines der Mikrofone im Saal zu benutzen.

Der Neubrandenburger Herr **Ewert** bezieht sich auf einen Nordkurierartikel und stellt seine Sorgen bezüglich der Verkehrssituation nach Fertigstellung der neuen Häuser auf dem Lindenberg Süd dar. Derzeit sei der Kreuzungsbereich Robinienstraße-Hainbuchenstraße-Platanenstraße sehr schwer einzusehen. Er bedankt sich für den in Aussicht gestellten Rückbau von 10 Parkplätzen und den Grünschnitt. Das werde dazu beitragen, dass die Autofahrer bessere Sicht haben, würde aber nicht ausreichen angesichts der Menge der neuen Mehrfamilienhäuser, die dort entstehen.

Er schlägt vor, an der Kreuzung Robinienstraße-Hainbuchenstraße-Platanenstraße einen Kreisverkehr zu errichten. Diese Lösung würde auch zur Verkehrsberuhigung im Wohngebiet beitragen.

Herr **Witt**, Oberbürgermeister, sagt eine schriftliche Antwort zu. Nach Fertigstellung der Baumaßnahmen im Wohngebiet werden geeignete Maßnahmen abgeleitet.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, schließt Ratsherr **Stegemann** die Einwohnerfragestunde.

3 Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Der Stadtpräsident, Ratsherr **Stegemann**, stellt die ordnungsgemäße Einladung fest (Postausgang per E-Mail am 28. August 2019).

Die Anwesenheitsmehrheit wird festgestellt und die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

4 Beschluss über die Niederschrift der 1. Sitzung der Stadtvertretung am 27. Juni 2019

Abstimmung: Die Niederschrift wird mehrheitlich beschlossen.

5 Aussprache zum vorliegenden Bericht des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt

VII/99 Informationsvorlage
Bericht des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses
und wichtige Angelegenheiten der Stadt
Einreicher: Oberbürgermeister

Die Mitglieder der Stadtvertretung nehmen den Bericht des Oberbürgermeisters zur Kenntnis.

6 Informationen, Mitteilungen und Anfragen (öffentlich)

Herr **Witt**, Oberbürgermeister, informiert:

- über die Pläne der Pachterhöhung für Kleingärten durch den Eigenbetrieb für Immobilienmanagement. In einem konstruktiven Gespräch mit dem Regionalverband der Kleingartenfreunde wurde die Situation aus städtischer Sicht dargestellt. Somit wird die Pachterhöhung zunächst zurückgestellt, das Kleingartenentwicklungskonzept fortgeschrieben oder neu bearbeitet und erst dann kann entschieden werden, welche Kleingartenanlage nicht mehr entwicklungsfähig ist und zurückgebaut werden soll. Für die Kosten des Rückbaus soll dann ein Großteil der Mittel aus der avisierten Pachterhöhung verwendet werden.
- über die Anpassung des SGB II § 16 ISO. Hier soll die Teilhabe am Arbeitsmarkt forciert werden. Im Zuge der Haushaltsplanung schlägt er vor, über dieses Programm drei zusätzliche Stellen im Ordnungsamt zu schaffen.
- dass seitens der Verwaltung alles für den Rollkollektiv e. V. getan wurde und am 28.12.18 die Eröffnung der Skaterhalle stattfinden konnte. Dafür wurde bis zum 21.12.18 intensiv daran gearbeitet, um überhaupt eine Eröffnung unter Auflagen zu ermöglichen. Auch weiterhin fand eine Zusammenarbeit mit den Vereinsmitgliedern des Rollkollektivs e. V. statt. Jedoch musste am 16.07.19 die Halle versiegelt werden. Unterstützung erhielt der Verein von den beiden großen städtischen Beteiligungen (Neubrandenburger Stadtwerke GmbH, NEUWOGES). Somit sind die finanziellen Mittel für die Erstellung des Brandschutzgutachtens

- vorhanden. Sobald das Brandschutzgutachten vorliegt, wird darüber informiert.
- über Dringlichkeitsentscheidungen für folgende Lose:
 - Rathausanierung – Tischlerarbeiten und Gerüstbau
 - Sporthalle „Große Krauthöferstraße“ – Spezialtiefbau und Blitzschutz
 - Regionale Schule Nord – Abbrucharbeiten, Schadstoffsanierung und Unterfangarbeiten
 - Feuerwehr – Rückbau und Verlegung von Leitungen
- zur Themenwoche Ende Oktober 2019 wird der 30. Jahrestag der friedlichen Revolution 1989 begangen:
 - 21.10.19 Ausstellungseröffnung „Zeit der Kerzen“ 1989–2019
 - 22.10.19 Speed-Debating unter dem Motto „Neubrandenburg spricht“
 - 23.10.19 Filmabend in der Kinokirche Latücht
 - 24.10.19 Einweihung einer Stele „Friedliche Revolution von 1989“ im Rathausumfeld
 - 25.10.19 Festveranstaltung zur Erinnerung an die politische Wende 1989
- zum geplanten Denkmalbereich in der Neustrelitzer Straße anhand einer Präsentation. Am 14. Oktober 2019 wird es dazu um 17:00 Uhr im Stadtarchiv eine Informationsveranstaltung geben.
(Die Präsentation ist als Anlage 1 im Ratsinformationssystem einsehbar.)
- zum Vorhaben in der Poststraße und teilt mit, dass es mit Herrn Frank Benischke (Geschäftsführer NEUWOGES) und Herrn Günther Weber ein Gespräch stattfand und man sich unter Vorbehalt handelseinig geworden ist, d. h. es fehlen noch die Zustimmung des Aufsichtsrates der NEUWOGES und der Stadtvertretung Neubrandenburg. Ziel ist es, im hinteren Teil des Grundstückes Wohnungen durch die NEUWOGES errichten zu lassen und im vorderen Teil ein Hotel zu erbauen. Alle planungsrechtlichen Voraussetzungen sollen im nächsten Jahr so geschaffen sein, dass es mit dem Wohnungs- und Hotelbau weitergehen kann.

Ratsherr **Gesswein** (CDU) hat erfahren, dass die Hochhäuser in der Neustrelitzer Straße 49 – 109 unter Denkmalschutz gestellt werden sollen.

Dazu bittet er um Beantwortung folgender Fragen:

1. Auf wessen Initiative erfolgt die Befassung mit dem Sachverhalt?
2. Seit wann arbeitet die untere Denkmalschutzbehörde an diesem Sachverhalt und wann erfolgte die erstmalige Information der direkt betroffenen Eigentümer?
3. Wie wurde durch die Stadt die Einhaltung des Public Governance Kodex in Bezug auf die frühzeitige Information sichergestellt?
4. Ist durch die Stadt eine Kosten-Nutzen-Analyse für die Maßnahme erstellt worden bzw. sind die direkt betroffenen Eigentümer um entsprechende Zuarbeiten gebeten worden?
5. Nach meiner Kenntnis sind etwa 20 % der Wohnungen in der Südstadt von dieser Maßnahme betroffen. Diese werden aufgrund der preiswerten Mieten gut nachgefragt. Wie ist gesichert, dass durch die geplante Maßnahme keine Mietsteigerungen verursacht werden?
6. Durch bereits durchgeführte Instandsetzungen und Modernisierungen wurde der ursprüngliche Zustand der Gebäude bereits verändert. Müssen diese Veränderungen im Falle des Denkmalschutzes zurückgebaut werden?
7. Wurden die anliegenden Eigentümer über die geplante Maßnahme informiert? Wenn ja, wann. Wenn nein, wann und in welchem Umfang ist dies geplant?
8. Wann und in welchem Umfang werden interessierte Bürger und die Stadtvertretung am Verfahren beteiligt?

Die Anfrage erhält die Drucksachen-Nummer **VII/116** und wird durch die Verwaltung schriftlich beantwortet.

Herr **Witt** bezieht sich noch einmal auf das bereits Gesagte. Seine Anregung sollte man auch im Rahmen des Projektes „Nur Beton? Moderne in Neubrandenburg“ betrachten. Den Schritt zu tun, darüber nachzudenken, ob es ein Denkmalsbereich sei, ging allein von ihm aus. Der Erhalt von Wohnraum bei bezahlbaren Mieten ist dabei immer zu betrachten. Nach geführten Gesprächen mit der oberen Denkmalschutzbehörde wurden die beiden Unternehmen schriftlich informiert. Die Einigung auf eine Arbeitsgruppe sei eine gute Entscheidung.

Ratsfrau **Dr. Kuhk** (CDU) merkt an, dass am 5. Juli 2018 die Stadtvertretung die Erarbeitung einer Konzeption zur Verbesserung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung auf Anregung der CDU-Fraktion beschlossen hat. Infolgedessen wurde eine kriminologische Regionalanalyse durch die Verwaltung beauftragt, wo eine Dunkelfeldbefragung durchgeführt wurde. Die Auswertung dieser Analyse erfolgt im Ausschuss für Umwelt, Ordnung und Sicherheit. Sie ist erfreut, dass der Oberbürgermeister drei Stellen akquiriert hat, die durch Förderung finanziert werden sollen. Jedoch ist sie der Meinung, dass ein abgestimmtes Vorgehen mit der Stadtvertretung und dem zuständigen Ausschuss erfolgen sollte, da die drei akquirierten Stellen ihrer Meinung nach nicht ausreichend sind. Daher bittet sie die Verwaltung um eine enge Zusammenarbeit mit dem Ausschuss für Umwelt, Ordnung und Sicherheit sowie mit der Stadtvertretung.

Weiterhin teilt sie mit, dass die CDU-Fraktion am 17. September 2019 um 18:00 Uhr eine öffentliche Fraktionssitzung durchführt, um sich mit dem Variantenvergleich zur Schwimmhalle zu beschäftigen.

Des Weiteren spricht sie öffentliche Informationen aus der Verwaltung an und möchte wissen, ab wann diese Informationen der Verwaltung öffentlich im Ratsinformationssystem einsehbar sind.

Herr **Witt** merkt bezüglich der Stellenanzahl an, dass dies lediglich ein Vorschlag ist. Beim Variantenvergleich Schwimmhalle sind es insgesamt 11 Standorte, von denen drei in die engere Auswahl gekommen sind. Dieser Variantenvergleich wurde nach Kriterien (zum Beispiel: Verkehrslage) in der Verwaltung durchgeführt. Weiterhin sollen dazu Diskussionen erfolgen, um dann im nächsten Jahr eine Beschlussvorlage vorbereiten zu können. Eine rechtliche Einordnung erfolgt durch Herrn Meyer zu Schlochtern, Abteilungsleiter Recht und Vergaben.

Herr **Meyer zu Schlochtern**, stellt dar, wann ein Variantenvergleich zur Schwimmhalle öffentlich zur Verfügung gestellt werden darf.

Herr **Modemann**, Beigeordneter und 1. Stellvertreter, spricht noch einmal die drei zu besetzenden Stellen für den Ordnungsbereich an, welche über die Förderung der Agentur für Arbeit bezahlt werden und somit keine zusätzlichen Personalkosten für die Stadt Neubrandenburg entstehen. Genau dieses Personal soll die gut ausgebildeten Ordnungsamtsmitarbeiter begleiten.

Ratsherr **Lange** (Einzelvertreter) bezieht sich auf das Projekt „Treptower Straße“, um dort den ruhenden Verkehr bzw. den Verkehr gänzlich auszuschließen. Einige Maßnahmen sind erfolgt, jedoch entsprechen die dort errichteten Sperrpfosten nicht den Sicherheitsanforderungen.

Herr **Witt** merkt an, dass die beiden grauen Pfosten durch rot/weiße Pfosten ausgetauscht werden. Des Weiteren erfolgt eine schriftliche Antwort aus der Verwaltung. Nach Rücksprache mit Herrn Schmiedel informiert er, dass auf dem Marktplatz und in der Treptower Straße eine Dauerbestreifung für einen längeren Zeitraum stattfinden wird. Darüber hinaus werden die Ergebnisse der Verstöße mitgeteilt.

Ratsfrau **Muth** (DIE LINKE) kann den Aussagen von Herrn Meyer zu Schlochtern bezüglich des Variantenvergleiches zur Schwimmhalle nicht folgen. Daher bittet sie darum, dass den Fraktionen zeitnah mitgeteilt wird, ob auch die Fraktionen mit den vorhandenen Unterlagen Veranstaltungen gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern planen können. Des Weiteren fragt sie, ob zukünftig der Punkt Informationen, Mitteilungen und Anfragen (öffentlich) genutzt werden soll, um auch für Fraktionsveranstaltungen zu werden. Sollte dies der Fall sein, wird dies durch die Fraktionen umgesetzt, jedoch sei es nicht wünschenswert.

Ratsherr **Messner** (CDU) möchte wissen, wie die Vorgehensweise mit dem Freischnitt und der Zugänglichkeit des Schwanenteichs aussieht.

Weiterhin spricht er die Facebook-Seite „Ideen- und Beschwerdemanagement“ an, auf der diese Thematik seitens der Stadt angesprochen und ein weiteres Vorgehen angekündigt wurde. Leider ist diese Information widersprüchlich zu der Aussage in der Stadtvertretung. Des Weiteren spricht er den Turnhallenneubau in der Großen Krauthöferstraße an. Hierzu wurden Bedenken eines Bürgers geäußert in Bezug auf die Baukörperhöhe sowie die zukünftige Nutzung dieser Halle. Deswegen wurde um eine Kontaktaufnahme seitens der Stadt gebeten, welche bisher wohl nicht erfolgte. Nun fragt er nach, ob es nach der Sitzung im ersten Halbjahr eine Kontaktaufnahme gegeben hat.

Herr **Witt** antwortet er auf die Anmerkungen von Ratsfrau Muth, alle Unterlagen zu Schwimmhalle verwenden zu können, solange kein Vertragsverhältnis oder eine Summe enthalten ist.

Zu den Fragen von Ratsherrn Messner merkt er an, dass der Schwanenteich immer mehr wächst. Es wurde bereits im Ausschuss deutlich gemacht, dass es mit kleinen Korrekturen nicht getan ist und bestimmte behördliche Genehmigungen benötigt werden, um ein Ausbaggern und eine Neugestaltung dort vornehmen zu können. Seitens der Stadt werden Mittel im Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes für Immobilienmanagement 2019 dafür bereitgestellt.

Bezüglich des Beschwerdemanagements zeigt er auf, dass es erfreulich war, dass Bürgerinnen und Bürger Vorschläge unterbreitet haben und selbst tätig geworden sind.

Weiterhin zeigt er auf, dass ihm die Beschwerden bezüglich der Großen Krauthöferstraße bekannt sind. Sollte es weiteren Gesprächsbedarf geben, stehe die Stadt für ein Gespräch zur Verfügung.

Ratsherr **Schwanke** (CDU) ist verwundert, dass die Thematik der Videoüberwachung wieder auf die Tagesordnung gerufen wird. Sicherlich müsse das im Ausschuss demokratisch diskutiert werden. Jedoch möchte er die Aussage des Oberbürgermeisters „Neubrandenburg ist eine sichere Stadt“ unterstützen und bittet um eine konstruktive Mitarbeit im Ausschuss für Umwelt, Ordnung und Sicherheit, um die angedachten Ziele zu erreichen.

Ratsherr Dr. Kirchhefer (B90/GRÜNE) betritt den Sitzungsraum. Somit sind 40 von 43 Mitgliedern anwesend.

Ratsfrau **Dr. Kuhk** merkt an, dass in der Sitzung der Stadtvertretung alle Ratsfrauen und Ratsherren der Fraktionen sowie die Einzelvertreter an diesem Punkt die Möglichkeit haben Informationen und Mitteilungen bekannt zu geben.

Bezüglich der Sicherheitssituation in der Stadt Neubrandenburg bezieht sich der Oberbürgermeister Herr **Witt** auf die stattgefundene Bürgersprechstunde in der letzten Woche, bei der auch immer Mitarbeiter des Ordnungsamtes und des Eigenbetriebes vertreten sind, da die Sicherheit am Rande immer thematisiert wird.

Ratsfrau **Wegner** (B90/GRÜNE) hat zwei Fragen. Zum einen geht es ihr um das Bauvorhaben „Neustrelitzer Straße/Ring“. Hier möchte sie wissen, wann der Teilbereich des Fußweges geöffnet wird. Zum anderen geht es ihr um den Beschluss der Stadtvertretung von Dezember 2018 bezüglich des Mehrwegpfandsystems, welches sie ausdrücklich begrüßt. Nun fragt sie, wann die weiteren Beschlusspunkte aus diesem Beschluss umgesetzt werden. Des Weiteren hinterfragt sie die Kompostierung der Trinkbecher und dem Besteck beim Vier-Tore-Fest an.

Herr **Witt** möchte diese Frage durch den Ausschuss für Umwelt, Ordnung und Sicherheit beantworten lassen.

Ratsfrau **Kanew** (DIE LINKE) bittet um

- Auflistung, welche städtischen Gebäude (gewerblich) leer stehen und welchen Verwendungszweck diese Objekte hatten und zukünftig haben werden.
- Auflistung aller Spekulationsobjekte (risikobehaftete Objekte, die verkauft wurden, aber seit Jahren noch keinen Verwendungszweck haben bzw. noch nicht fertiggestellt wurden) und wenn möglich eines zukünftigen Verwendungszwecks.
- Auflistung aller Grünflächen der Stadt Neubrandenburg.

Die Anfrage erhält die Drucksachen-Nummer **VII/117** und wird durch die Verwaltung schriftlich beantwortet.

Ratsherr **Dr. Wieland** (DIE LINKE) möchte wissen, ob es schon Aussagen zur Höhe bzw. Zweckbindung der Mittel des Finanzausgleichsgesetzes (FAG) gibt. Weiterhin spricht er das Wohlfahrtsgesetz an mit dem Zitat der Sozialministerin: „Weg von der bisherigen, zumeist einjährigen, kleinteiligen Projektförderung hin zur Zuweisung der Landesmittel“, welches er ausdrücklich begrüßt. Weiter heißt es: „...an die Landkreise und kreisfreien Städte zur Weiterleitung an die Träger“. Nun fragt er, ob es diesbezüglich Vorstellungen gibt.

Herr **Witt** stellt klar, dass das FAG wohlmöglichst erst im Januar 2020 beschlossen wird. Somit müsse die Planung des Haushalts 2020 mit den Zahlen von März 2019 zunächst erfolgen. Bisher wurde durch die Landgesetzgebung immer Projekte gefördert und Landkreis und Kommune sich beteiligen mussten. Bisher kennt er hierzu keine Änderungen.

Ratsherr **Prof. Dr. Northoff** (SPD) geht noch einmal auf die Schwimmhalle ein und merkt an, dass die SPD-Fraktion für eine breite Bürgerbeteiligung ist und sehr erfreut über die Anregung des Oberbürgermeisters waren. Nun fragt er sich, ob es nicht besser ist, wenn die zuständige Abteilung oder die Stadt selbst ein solches Angebot unterbreitet. Bezüglich des Schwanenteiches ist er der Meinung, dass noch übriges Geld aus dem Haushalt lieber in soziale Projekte investiert werden sollte. Hinsichtlich der Videoüberwachung bittet er zunächst einmal die Ergebnisse der Regionalanalyse abzuwarten. Zuletzt bittet er um Beachtung der Aus- und Fortbildung bei den drei neuen Stellen im Ordnungsamt.

Herr **Witt** informiert, dass der Ausschuss für Generationen, Bildung und Sport in seiner nächsten Ausschusssitzung die Schwimmhalle zum Thema hat und dies eine gute Möglichkeit für alle Bürgerinnen und Bürger wäre, um sich an der Diskussion zu beteiligen.

Die drei neuen Mitarbeiter/innen werden immer in Begleitung eines gut ausgebildeten Mitarbeiters sein, so Herr **Modemann**. Erst dann wird geschaut, ob auch die Fähigkeiten für diesen Beruf vorhanden sind.

7 Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung

Zur übergebenen Einladung und der öffentlichen Bekanntmachung gibt es folgende Änderungen:

Der Stadtpräsident, Ratsherr **Stegemann**, bittet je ein Änderungsblatt zur Drucksache **VII/87 (TOP 31)** und zur Drucksache **VII/15 (TOP 34)** nachzutragen.

Verbundene Aussprache

Der Stadtpräsident, Ratsherr **Stegemann**, schlägt vor, die Drucksachen:

VII/35 bis VII/54 (TOP 4 bis TOP 23) in verbundener Aussprache zu behandeln und beantrage gleichzeitig entsprechend § 13 der Geschäftsordnung die Beschlüsse über die Feststellung der Jahresabschlüsse des Städtebaulichen Sondervermögens im Block zu fassen.

Feststellung des Stadtpräsidenten: Es erfolgt kein Widerspruch vonseiten der Ratsfrauen und Ratsherren.

Hinweis des Stadtpräsidenten: Die Beschlussnummern werden durch das Büro der Stadtvertretung nachgetragen.

Weiterhin schlägt er verbundene Aussprache für die Drucksachen **VII/14 und VII/15 (TOP 33 und TOP 34)** und **VII/72 und VII/73 (TOP 38 und TOP 39)** vor.

Mitwirkungsverbote

Für folgende Drucksachen werden Mitwirkungsverbote festgestellt:

Drucksache **VII/17 (TOP 42):** Ratsherr **Messner**, Herr **Witt**, Oberbürgermeister

Drucksache **VII/34 (TOP 46):** Ratsherr **Jaschinski**, Ratsherr **Gesswein**, Ratsherr **Kuhnert**,
Ratsherr **Prof. Dr. Oppermann**, Ratsherr **Schröder**,
Ratsherr **Schwanke**, Ratsherr **Steinführer**

Ratsherr **Jaschinski** (DIE LINKE) zeigt Mitwirkungsverbot zur Drucksache **VII/13 (TOP 32)** an.

Rederechte

Für Fragen der Mitglieder der Stadtvertretung zu den Jahresabschlüssen der TOP 43, 44 und 45 stehen **Frau Schimberg** (VZN), **Herr Prohaska** (SJZ), **Herr Benischke** und **Herr Wendelstorf** (NEUWOGES) zur Verfügung.

Ratsherr **Stieber** (SPD) beantragt verbundene Aussprache für die Drucksachen **VII/55 und VII/56 (TOP 24 und 25)**.

Abstimmung über die so geänderte Tagesordnung: Die Tagesordnung wird mehrheitlich bestätigt.

8 Abhandlung der bestätigten Tagesordnung

Öffentliche Beratungsgegenstände

- TOP 1** **VII/75** Besetzung der Verbandsversammlung des Sparkassenzweckverbandes für die Sparkasse Neubrandenburg-Demmin, Aufhebung Beschluss 12/01/19 und Neubesetzung
Einreicher: Oberbürgermeister

Ratsherr **Jaschinski** (DIE LINKE) bittet im Beschlusspunkt 2 unter der laufenden Nummer 4 folgenden Namen zu ändern:

- Ratsfrau Heidi Feucht wird geändert in Ratsherr Thomas Schröder.

Beschlussfassung: Die Vorlage wird bei 1 Stimmenthaltung mehrheitlich beschlossen.

Beschlusnummer: 21/02/19

- TOP 2** **VII/30** Klärung der Organzuständigkeit in der Neubrandenburger Stadtwerke
1 Änderungs- GmbH und weitere Änderung des Gesellschaftsvertrages
blatt Einreicher: Oberbürgermeister

Herr **Witt**, Oberbürgermeister, merkt an, dass zuerst über die Varianten abgestimmt werden muss und dann über die gesamte Vorlage.

Beschlussfassung: Die Variante 1 wird mit 5 Dafürstimmen abgelehnt.
Die Variante 2 wird mehrheitlich beschlossen.
Die Vorlage wird in der Variante 2 mehrheitlich beschlossen.

Beschlusnummer: 22/02/19

- TOP 3** **VII/32** Mittelfristige Ziele der Theater und Orchester GmbH Neubrandenburg/Neustrelitz (TOG)
Einreicher: Oberbürgermeister

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich beschlossen.

Beschlusnummer: 23/02/19

Die Tagesordnungspunkte 4 bis 23 werden in verbundener Aussprache behandelt.
Der Stadtpräsident, Ratsherr **Stegemann**, verweist auf die Blockabstimmung und die nachträgliche Vergabe der Beschlussnummern durch das Personal im Büro der Stadtvertretung.
(Hier nicht gesondert dargestellt.)

- TOP 4** **VII/35** Informationsvorlage
Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses des Städtebaulichen Sondervermögens „Altstadt“ der Stadt Neubrandenburg zum 31.12.2017
Einreicher: Rechnungsprüfungsamt

Die Mitglieder der Stadtvertreter nehmen die Informationsvorlage zur Kenntnis.

- TOP 5** **VII/36** Feststellung des Jahresabschlusses des Städtebaulichen Sondervermögens „Altstadt“ der Stadt Neubrandenburg zum 31.12.2017 und Entlastung des Oberbürgermeisters für das Haushaltsjahr 2017
Einreicher: Rechnungsprüfungsausschuss

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich beschlossen.

Beschlusnummer: 46/02/19

- TOP 6** **VII/37** Informationsvorlage
Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses des Städtebaulichen Sondervermögens „Altstadt – Die Soziale Stadt“ der Stadt Neubrandenburg zum 31.12.2017
Einreicher: Rechnungsprüfungsamt

Die Mitglieder der Stadtvertreter nehmen die Informationsvorlage zur Kenntnis.

- TOP 7** **VII/38** Feststellung des Jahresabschlusses des Städtebaulichen Sondervermögens „Altstadt – Die Soziale Stadt“ der Stadt Neubrandenburg zum 31.12.2017 und Entlastung des Oberbürgermeisters für das Haushaltsjahr 2017
Einreicher: Rechnungsprüfungsausschuss

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich beschlossen.

Beschlusnummer: 47/02/19

- TOP 8** **VII/39** Informationsvorlage
Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses des Städtebaulichen Sondervermögens „Datzeberg“ der Stadt Neubrandenburg zum 31.12.2017
Einreicher: Rechnungsprüfungsamt

Die Mitglieder der Stadtvertreter nehmen die Informationsvorlage zur Kenntnis.

- TOP 9** **VII/40** Feststellung des Jahresabschlusses des Städtebaulichen Sondervermögens „Datzeberg“ der Stadt Neubrandenburg zum 31.12.2017 und Entlastung des Oberbürgermeisters für das Haushaltsjahr 2017
Einreicher: Rechnungsprüfungsausschuss

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich beschlossen.

Beschlusnummer: 48/02/19

- TOP 10** **VII/41** Informationsvorlage
Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses des Städtebaulichen Sondervermögens „Nordstadt – Ihlenfelder Vorstadt“ der Stadt Neubrandenburg zum 31.12.2017
Einreicher: Rechnungsprüfungsamt

Die Mitglieder der Stadtvertreter nehmen die Informationsvorlage zur Kenntnis.

- TOP 11** **VII/42** Feststellung des Jahresabschlusses des Städtebaulichen Sondervermögens „Nordstadt – Ihlenfelder Vorstadt“ der Stadt Neubrandenburg zum 31.12.2017 und Entlastung des Oberbürgermeisters für das Haushaltsjahr 2017
Einreicher: Rechnungsprüfungsausschuss

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich beschlossen.

Beschlusnummer: 49/02/19

- TOP 12** **VII/43** Informationsvorlage
Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses des Städtebaulichen Sondervermögens „Nordstadt – Ihlenfelder Vorstadt – Die Soziale Stadt“ der Stadt Neubrandenburg zum 31.12.2017
Einreicher: Rechnungsprüfungsamt

Die Mitglieder der Stadtvertreter nehmen die Informationsvorlage zur Kenntnis.

- TOP 13** **VII/44** Feststellung des Jahresabschlusses des Städtebaulichen Sondervermögens „Nordstadt – Ihlenfelder Vorstadt – Die Soziale Stadt“ der Stadt Neubrandenburg zum 31.12.2017 und Entlastung des Oberbürgermeisters für das Haushaltsjahr 2017
Einreicher: Rechnungsprüfungsausschuss

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich beschlossen.

Beschlusnummer: 50/02/19

- TOP 14** **VII/45** Informationsvorlage
Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses des Städtebaulichen Sondervermögens „Reitbahnviertel“ der Stadt Neubrandenburg zum 31.12.2017
Einreicher: Rechnungsprüfungsamt

Die Mitglieder der Stadtvertreter nehmen die Informationsvorlage zur Kenntnis.

- TOP 15** **VII/46** Feststellung des Jahresabschlusses des Städtebaulichen Sondervermögens „Reitbahnviertel“ der Stadt Neubrandenburg zum 31.12.2017 und Entlastung des Oberbürgermeisters für das Haushaltsjahr 2017
Einreicher: Rechnungsprüfungsausschuss

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich beschlossen.

Beschlusnummer: 51/02/19

- TOP 16** **VII/47** Informationsvorlage
Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses des Städtebaulichen Sondervermögens „Oststadt“ der Stadt Neubrandenburg zum 31.12.2017
Einreicher: Rechnungsprüfungsamt

Die Mitglieder der Stadtvertreter nehmen die Informationsvorlage zur Kenntnis.

- TOP 17** **VII/48** Feststellung des Jahresabschlusses des Städtebaulichen Sondervermögens „Oststadt“ der Stadt Neubrandenburg zum 31.12.2017 und Entlastung des Oberbürgermeisters für das Haushaltsjahr 2017
Einreicher: Rechnungsprüfungsausschuss

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich beschlossen.

Beschlusnummer: 52/02/19

- TOP 18** **VII/49** Informationsvorlage
Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses des Städtebaulichen Sondervermögens „Oststadt-Grün“ der Stadt Neubrandenburg zum 31.12.2017
Einreicher: Rechnungsprüfungsamt

Die Mitglieder der Stadtvertreter nehmen die Informationsvorlage zur Kenntnis.

- TOP 19** **VII/50** Feststellung des Jahresabschlusses des Städtebaulichen Sondervermögens „Oststadt-Grün“ der Stadt Neubrandenburg zum 31.12.2017 und Entlastung des Oberbürgermeisters für das Haushaltsjahr 2017
Einreicher: Rechnungsprüfungsausschuss

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich beschlossen.

Beschlusnummer: 53/02/19

- TOP 20** **VII/51** Informationsvorlage
Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses des Städtebaulichen Sondervermögens „URBAN II“ der Stadt Neubrandenburg zum 31.12.2017
Einreicher: Rechnungsprüfungsamt

Die Mitglieder der Stadtvertreter nehmen die Informationsvorlage zur Kenntnis.

- TOP 21** **VII/52** Feststellung des Jahresabschlusses des Städtebaulichen Sondervermögens „URBAN II“ der Stadt Neubrandenburg zum 31.12.2017 und Entlastung des Oberbürgermeisters für das Haushaltsjahr 2017
Einreicher: Rechnungsprüfungsausschuss

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich beschlossen.

Beschlusnummer: 54/02/19

- TOP 22** **VII/53** Informationsvorlage
Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses des Städtebaulichen Sondervermögens „Wolgaster Straße“ der Stadt Neubrandenburg zum 31.12.2017
Einreicher: Rechnungsprüfungsamt

Die Mitglieder der Stadtvertreter nehmen die Informationsvorlage zur Kenntnis.

- TOP 23** **VII/54** Feststellung des Jahresabschlusses des Städtebaulichen Sondervermögens „Wolgaster Straße“ der Stadt Neubrandenburg zum 31.12.2017 und Entlastung des Oberbürgermeisters für das Haushaltsjahr 2017
Einreicher: Rechnungsprüfungsausschuss

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich beschlossen.

Beschlusnummer: 55/02/19

Die Tagesordnungspunkte **24** und **25** werden in verbundener Aussprache behandelt.

- TOP 24** **VII/55** Informationsvorlage
Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses der Stadt Neubrandenburg zum 31.12.2017
Einreicher: Rechnungsprüfungsamt

Die Mitglieder der Stadtvertreter nehmen die Informationsvorlage zur Kenntnis.

- TOP 25** **VII/56** Feststellung des Jahresabschlusses der Stadt Neubrandenburg zum 31.12.2017 und Entlastung des Oberbürgermeisters für das Haushaltsjahr 2017
Einreicher: Rechnungsprüfungsausschuss

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich beschlossen.

Beschlusnummer: 24/02/19

- TOP 26** **VII/74** Bestellung einer Vertreterin der Stadt Neubrandenburg anstelle des Oberbürgermeisters in der Verbandsversammlung des Zweckverbandes Elektronische Verwaltung in Mecklenburg-Vorpommern sowie eines Abwesenheitsvertreters der Vertreterin
Einreicher: Oberbürgermeister

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich beschlossen.

Beschlusnummer: 25/02/19

- TOP 27** **VII/20** Beschluss über die Annahme einer Spende des Herrn Sven Ochsenreither durch die Stadtvertretung - 1 Gemälde für den Bestand der Kunstsammlung
Einreicher: Oberbürgermeister

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich beschlossen.

Beschlusnummer: 26/02/19

- TOP 28** **VII/21** Beschluss über die Annahme einer Spende des Freundeskreises der Kunstsammlung Neubrandenburg e. V. durch die Stadtvertretung - 7 Kunstwerke für den Bestand der Kunstsammlung
Einreicher: Oberbürgermeister

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich beschlossen.

Beschlusnummer: 27/02/19

- TOP 29** **VII/65** Beschluss über die Annahme einer Spende der RTN Rohrleitungs- und Tiefbau GmbH durch die Stadtvertretung – 50 Tonnen Kies und Baggararbeiten für die Strandbäder der Stadt Neubrandenburg
Einreicher: Oberbürgermeister

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich beschlossen.

Beschlusnummer: 28/02/19

- TOP 30** **VII/66** Beschluss über die Annahme einer Spende der MBA Anlagenbau GmbH durch die Stadtvertretung – 50 Tonnen Kies und Leistungen mit Bagger, Radlader, Teleskoplader und Handarbeitskräfte für die Strandbäder der Stadt Neubrandenburg
Einreicher: Oberbürgermeister

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich beschlossen.

Beschlusnummer: 29/02/19

- TOP 31** **VII/87** Verkauf von Anlagevermögen an die IKT-Ost AöR
1 Änderungs- Einreicher: Oberbürgermeister
blatt

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich beschlossen.

Beschlusnummer: 30/02/19

Ratsherr **Jaschinski** (DIE LINKE) hat zu TOP 13 Mitwirkungsverbot angezeigt und verlässt den Abstimmungsbereich.

- TOP 32** **VII/13** Bebauungsplan Nr. 34 „Gewerbegebiet Weitin/Neubrapharm“,
2. Änderung
hier: Entwurfs- und Auslegungsbeschluss
Einreicher: Oberbürgermeister

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich beschlossen.

Beschlusnummer: 31/02/19

Ratsherr **Jaschinski** (DIE LINKE) nimmt seinen Platz wieder ein.

Die Tagesordnungspunkte **33** und **34** werden in verbundener Aussprache behandelt.

- TOP 33** **VII/14** Bebauungsplan Nr. 75 „Fontanehof“, 1. vereinfachte Änderung
1 Änderungs- „Strandbadgastronomie und ergänzende Freizeitangebote Augusta-
blatt bad“
hier: Beschluss über die Stellungnahmen (Abwägungsbeschluss)
Einreicher: Oberbürgermeister

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mit 1 Stimmenthaltung beschlossen.

Beschlusssnummer: 32/02/19

- TOP 34** **VII/15** Bebauungsplan Nr. 75 „Fontanehof“, 1. vereinfachte Änderung
 1 Änderungs- „Strandbadgastronomie und ergänzende Freizeitangebote Augusta-
 blatt bad“
 hier: Satzungsbeschluss
 Einreicher: Oberbürgermeister

Ratsfrau **Wegner** (B90/GRÜNE) spricht den Änderungsantrag an.

Änderungsantrag Nr. 1 der Fraktion B90/GRÜNE:

In der Begründung werden in Punkt 6.1 folgende Sätze gestrichen:
„Für die Nutzung der Grill- und Lagerfeuerplätze gilt eine zeitliche Begrenzung bis 22:00 Uhr. Danach ist die Lautstärke zu reduzieren.“

Nach der Diskussion zwischen Herrn **Renner**, Leiter Fachbereich 2, Ratsfrau **Dr. Kuhk** (CDU) und dem Oberbürgermeister, Herrn **Witt**, macht sich der Einreicher den Änderungsantrag zu eigen.

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mit 38 Dafürstimmen und 1 Stimmenthaltung beschlossen.

Beschlusssnummer: 33/02/19

- TOP 35** **VII/69** Bebauungsplan Nr. 16.1 „An der Landwehr“ (Gewerbepark) 1. vereinfachte Änderung 2. Entwurf
 hier: Entwurfs- und Auslegungsbeschluss
 Einreicher: Oberbürgermeister

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich beschlossen.

Beschlusssnummer: 34/02/19

- TOP 36** **VII/70** Bebauungsplan Nr. 121 „Einzelhandel Burgholzstraße“
 1 Änderungs- hier: Entwurfs- und Auslegungsbeschluss
 blatt Einreicher: Oberbürgermeister

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich beschlossen.

Beschlusssnummer: 35/02/19

- TOP 37** **VII/71** Bebauungsplan Nr. 122 „Westliches Bahnhofsquartier“
 hier: Entwurfs- und Auslegungsbeschluss
 Einreicher: Oberbürgermeister

Ratsherr **Dr. Kirchhefer** (B90/GRÜNE) fragt, ob der Einwand (E-Mail eines Einwohners) berücksichtigt wurde.

Herr **Witt**, Oberbürgermeister, merkt an, diesen Einwand noch nicht zu kennen und bittet Rats Herrn Dr. Kirchhefer um Zusendung, um diesen im Zuge der Abwägung zu berücksichtigen.

Im Namen der Fraktion B90/GRÜNE lässt Ratsherr **Dr. Kirchhefer** der Verwaltung diesen Einwand zukommen.

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mit 1 Stimmenthaltung beschlossen.

Beschlusnummer: 36/02/19

Die Tagesordnungspunkte **38** und **39** werden in verbundener Aussprache behandelt.

TOP 38 **VII/72** Bebauungsplan Nr. 129 „An der Südstraße“
hier: Aufstellungsbeschluss
Einreicher: Oberbürgermeister

Ratsherr **Dr. Kirchhefer** (B90/GRÜNE) merkt an, dass die Fraktion B90/GRÜNE es begrüßen, wenn Investoren in Neubrandenburg aktiv werden. Somit wurde sich bemüht, mit dem Investor in ein Gespräch zu kommen und hat dabei festgestellt, dass das geplante Projekt für die Fraktion einige Probleme darstellt. Zunächst steht die Frage im Raum, welches Konzept dort verfolgt wird und wie die Planungen aussehen. Weitere Punkte werden für problematisch angesehen wie zum einen, dass dieses Gebiet Teil eines Biotopenverbundes sein soll und zum anderen die festgelegten Beschlüsse wie im integrierten Stadtentwicklungskonzept, welches besagt, dass zunächst der Innenbereich und dann der Außenbereich entwickelt werden soll. Daher sollte zunächst geklärt werden, ob im Innenbereich genug entwickelt worden ist, bevor der Bebauungsplan aufgestellt wird. Auf Grund dessen wirbt er für die Ablehnung des Aufstellungsbeschlusses.

Ratsherr **Schnell** (AfD) denkt, dass die Entwicklung dieses Gebietes gut für die Infrastruktur des Datzeberges ist. Daher plädiert er für die Zustimmung dieser Vorlage und die Argumentation von Ratsherrn Dr. Kirchhefer zurückweisen.

Ratsherr **Schwanke** (CDU) denkt, dass mit dem heutigen Aufstellungsbeschluss zunächst erst die Bedingungen für den Investor gestellt werden, um diesen Vorgang dann prüfen zu können.

Ratsherr **Prof. Dr. Oppermann** (SPD) bittet die Verwaltung, die Fragen von Ratsherrn Dr. Kirchhefer zu beantworten, ob der Innen- und Außenbereich ausgewogen ist.

Herr **Witt**, Oberbürgermeister, zeigt auf, dass durch das Fassen des Aufstellungsbeschlusses es erst möglich ist ein Bebauungsplan aufzustellen, da dies das Bekenntnis der Gemeinde ist.

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mit mehreren Dafürstimmen, 10 Gegenstimmen und 3 Stimmenthaltungen beschlossen.

Beschlusnummer: 37/02/19

TOP 39 **VII/73** 23. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Neubrandenburg,
Teilfläche „An der Südstraße“
hier: Aufstellungsbeschluss
Einreicher: Oberbürgermeister

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mit mehreren Dafürstimmen, 10 Gegenstimmen und 4 Stimmenthaltungen beschlossen.

Beschlusnummer: 38/02/19**TOP 40****VII/84**

Integriertes Klimaschutzkonzept der Stadt Neubrandenburg

1. Lesung

Einreicher: Oberbürgermeister

Ratsfrau **Muth** (DIE LINKE) beantragt im Namen der Fraktion DIE LINKE, dass das Konzept zukünftig im Turnus von drei Jahre der Stadtvertretung vorgelegt wird. Weiterhin wird ein jährlicher Bericht des Umsetzungsstandes der 44 Maßnahmen gewünscht. Die Fraktion DIE LINKE schlägt Änderungen für die Maßnahmen V1 (Fahrräder), V2 (Attraktivitätssteigerung des Busverkehrs; Konzept zur Emissionssenkung der Busflotte), V5 (Pendlerportal) und E20 (Photovoltaik) vor. Die vorgeschlagenen Änderungen ergehen in schriftlicher Form an den Oberbürgermeister.

Ratsfrau **Wegner** (B90/GRÜNE) ist über das Vorliegen des Klimaschutzkonzeptes sowie über die Einstellung eines/einer Klimamanagers/Klimamanagerin, welcher/welche für die Vorbereitung konkreter Ziele zuständig sein wird. Auch die Fraktion B90/GRÜNE hat Verbesserungsvorschläge, die in einem Änderungsantrag sichtbar werden.

Herr **Witt**, Oberbürgermeister, zeigt auf, dass die Umsetzung einiger Ziele (beispielsweise die Umstellung auf emissionsfrei Busse) schwer bis nicht machbar ist und diese Thematik einen Prozess einer fortwährenden Diskussion bedarf.

Beschlussfassung: Die Vorlage wird in die weitere Beratungsfolge verwiesen.

Es folgt ein nichtöffentlicher Teil.

Nach Herstellung der Öffentlichkeit wird die Sitzung um 18:23 Uhr geschlossen.

gez. **Dieter Stegemann**
Stadtpräsident

gez. **Dana Görschner**
Protokollantin